

# Palästina und der Atomstaat Israel

**Vorweg:**

**Teil vom 2.6.22:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina2.pdf>

**Teil vom 9.8.22 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina3.pdf>  
mit Aktueller Analyse von Moshe Zuckermann

**Teil vom 2.11.22 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina4.pdf>  
vor dem Hintergrund der aktuellen Wahl in Israel

**Teil 2 vom 2.2.23 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Isreal-Teil-2.pdf>

**Teil 3 vom 29.3.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-3.pdf>

**Teil 4 vom 7.4.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-4.pdf>

**Teil 5 vom 18.5.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-5.pdf>

**Teil 6 vom 8.6.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-6.pdf>

**Teil 7 vom 6.7.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-7.pdf>

**Teil 8 vom 27.7.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-8.pdf>

**Teil 9 vom 24.8.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-9.pdf>

**Teil 10 vom 10.10.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-10.pdf>

**Teil 11 vom 14.10.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-11.pdf>

**Teil 12 vom 20.10.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-12.pdf>

**Teil 13 vom 27.10.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-13.pdf>

**Teil 14 vom 3.11.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-14.pdf>

[und-der-Atomstaat-Israel-Teil-14.pdf](#)

**Teil 15 vom 10.11.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-15.pdf>

**Teil 16 vom 17.11.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-16.pdf>

**Teil 17 vom 24.11.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-17.pdf>

**Teil 18 vom 01.12.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-18.pdf>

**Teil 19 vom 08.12.23** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-19.pdf>

### **Zur Info weitergeleitet.**

Mit solidarischen Grüßen - Antje und Dieter

[www.antjeundieter.de](http://www.antjeundieter.de)

[https://t1p.de/impressum\\_a\\_und\\_d](https://t1p.de/impressum_a_und_d)

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Gedicht-Neu>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

<https://t1p.de/brokdorfweisserose>

<https://t1p.de/kernfusion-neindanke>

### **Nachfolgend weitere Berichte als Teil 20:**

#### **.) Verbot spontaner Pro-Hamas-Kundgebungen in Hamburg gekippt / Pro-Palästina-Demo zieht durch die Hamburger City:**

[Verbot spontaner Pro-Hamas-Kundgebungen in Hamburg gekippt | NDR.de - Nachrichten – Hamburg](#)

Seit mehr als sieben Wochen durften in Hamburg keine spontanen Sympathie-Kundgebungen für die Hamas stattfinden. Nun hat das Hamburgische Verwaltungsgericht das Verbot von spontanen Kundgebungen zur Unterstützung der Hamas oder deren Angriffen auf Israel aufgehoben.

Mit seiner Entscheidung gab das Verfassungsgericht am Freitag einem Eilantrag gegen eine entsprechende Allgemeinverfügung statt. Nach Einschätzung der zuständigen Kammer ist die für ein Verbot erforderliche Gefahrenschwelle derzeit nicht für alle potenziell betroffenen Versammlungen überschritten. Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Versammlungsfreiheit verlange eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit, teilte das Gericht mit. Das sei derzeit nicht erkennbar. Das Verwaltungsgericht verkenne nicht, dass nicht angemeldete "pro-palästinensische Versammlungen" derzeit ein hohes Eskalationsrisiko hätten. Im Einzelfall könne eine solche Versammlung durchaus die Gefahrenschwelle überschreiten und dann untersagt werden. Die derzeitige Gefahrenprognose im Hinblick auf alle der Allgemeinverfügung unterliegenden

Sachverhalte rechtfertige jedoch ein generelles Verbot nicht.

### **.) Weitere Vereinsverbote gegen Palästinenser von der Innenministerkonferenz**

**gefordert:** <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-berlin-innenpolitikerin-zu-hamas-jubel-in-berlin-verbot-pruefen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231009-99-497982>

Mehr Repression gegen Palästina-Solidarität

### **.) Wolfgang Seibert vor Gericht: Der Falschspieler, „Als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Pinneberg suchte Wolfgang Seibert Anschluss an die linke Szene.“**

[Wolfgang Seibert vor Gericht: Der Falschspieler – taz.de](https://www.taz.de/Wolfgang-Seibert-vor-Gericht-Der-Falschspieler)

#### **Seine jüdische Identität hatte er erfunden. Nun stand er vor Gericht:**

Es ist gut fünf Jahre her, dass der damalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Pinneberg, Wolfgang Seibert, nach öffentlichem Druck **von seinem Amt zurücktrat**.

Der Spiegel **hatte aufgedeckt**, dass viele Elemente von Seiberts vorgegeblicher Biografie erfunden waren – dazu zählte die Erzählung, seine Großeltern seien Auschwitz-Überlebende gewesen und sein Großvater habe auf Seiten der Republik im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft. Auch sei Seibert kein echter, sondern lediglich ein „gefühlter Jude“, so der Titel des Spiegel-Artikels, das Zitat stammt von ihm selbst.

Seitdem wurde über den Fall wie auch weitere vergleichbare Fälle öffentlich diskutiert. Über das Phänomen falscher und imaginiertes Familiengeschichten zur NS-Verfolgung veröffentlichten wir – als ehemalige Weggefährten Seiberts und wissbegierige Autoren – im Mai 2022 den Gesprächsband „Phantastische Gesellschaft“. Behandelt wurde darin auch die Verantwortung des Publikums in Fällen falscher oder erfundener Familiengeschichten.

Mit der nun erfolgten **Verurteilung von Wolfgang Seibert durch das Amtsgericht**

**Itzehoe** wegen Untreue in 173 Fällen gerät ein anderer Aspekt in den Vordergrund: Geld. Zur Verhandlung stand die Veruntreuung von 19.342,57 Euro in den Jahren 2016 bis 2019. Dabei handelt es sich um Finanzmittel, die der Gemeinde zur Verfügung gestanden hätten. Abseits eines Verfahrens wegen des falschen Tragens eines Dokortitels ist dies der erste öffentliche Prozess, der Seiberts Fälschungen zum Thema hat.

Als Erklärung des Handelns Seiberts reichten uns Motive der illegalen Aneignung von Geld nie aus. Wer in Deutschland schnell und ohne viel Aufwand zu Geld kommen will, versucht es vermutlich nicht in einer kleinen jüdischen Gemeinde nördlich von Hamburg. Die offenbar später erfundenen Familiengeschichten zur NS-Verfolgung waren nicht geeignet, über ein Nischenpublikum und das Feuilleton hinaus Aufmerksamkeit zu generieren, die sich auch monetär bedeutend nutzbar hätte machen lassen. Anders war es bei anderen „falschen Juden“ wie **Bruno Dössekker**, der unter dem Namen Benjamin Wilkomirski als angeblicher Holocaust-Überlebender bekannt wurde. Er schrieb eine „Autobiografie“, die in neun Sprachen übersetzt wurde und von der immerhin über 67.000 Exemplare verkauft wurden. Der „autobiografische“ Bericht der belgischen Schriftstellerin **Misha Defonseca** kam 2007 sogar als Film in die Kinos. Weder die These des US-Autors Norman Finkelstein von der „**Holocaustindustrie**“ noch

die von dem Historiker Dirk A. Moses behauptete obsessive Fixierung auf die Holocaust-Erinnerung als „Katechismus der Deutschen“ beschreiben ansatzweise adäquat, wie es um die „Erinnerungskultur“ zum Nationalsozialismus bestellt ist. Die Auseinandersetzung ist viel weniger von Sprech- oder gar Denkverboten gekennzeichnet als durch Unwissenheit und fragwürdige Instrumentalisierungen. Uns trieb vor allem um, wie zu erklären ist, welche Geschichten Wolfgang Seibert über sich verbreitete und wer ihm, wie wir, bereitwillig zuhörte. Es handelte sich teilweise um durchaus klischeebeladene Narrationen von Auschwitz bis linker Militanz. Gleichzeitig brachen einige Splitter seiner Erzählung mit der allseits an Jüdinnen und Juden gerichteten Erwartungshaltung. Seine Familiengeschichte war die eines wehrhaften, linken Judentums in Deutschland. Anders auch als der Journalist Fabian Wolff, dessen falsche Geschichte in diesem Sommer publik gemacht wurde, äußerte sich Seibert dezidiert israelsolidarisch. Dies waren Eigenschaften, die ihn im Feld der bundesdeutschen Erinnerungspraktiken zum Nationalsozialismus eher zu einer Ausnahme machten, als dem gefragten Bild versöhnlicher Nachfahren von Holocaust-Überlebenden zu entsprechen.

Doch war persönliche Bereicherung gar ein Motiv für seinen Vorsitz der Gemeinde? Und wurden die vielen neuen Gemeindemitglieder, die meist keine Sprach- und Landeskenntnisse hatten und auf Menschen wie Seibert angewiesen waren, zum Vehikel dieser Bereicherung?

Wir treten dafür ein, verfolgten Juden in der DDR Asyl zu gewähren“, hieß es in einem Beschluss der letzten Volkskammer der DDR im Jahr 1990. In der „vereinten“ Bundesrepublik wurde diese Regelung 1991 bestätigt und anschließend umgesetzt. Seitdem sind etwa 220.000 Jüdinnen und Juden sowie Menschen mit jüdischen Vorfahren aus der ehemaligen Sowjetunion als „Kontingentflüchtlinge“ eingewandert. Ihre Anwesenheit trug maßgeblich dazu bei, dass neue jüdische Gemeinden gegründet wurden, so auch in Schleswig-Holstein. Im Dezember 2002 gründeten 17 Mitglieder, unter ihnen Wolfgang Seibert, die liberale Jüdische Gemeinde Pinneberg mithilfe der Gemeinde des Kreises Segeberg und des Schleswig-Holsteinisches Landesverbandes. Sie wuchs schnell auf etwa 200 Mitglieder an, die genaue Zahl war jedoch nun ebenfalls Gegenstand des Gerichtsprozesses gegen Wolfgang Seibert. Auch israelische Staatsbürger kamen hinzu. Im Januar 2005 schloss der Landesverband einen Staatsvertrag mit der Landesregierung Schleswig-Holstein, der die finanzielle Versorgung der jüdischen Gemeinden sicherstellt. Ebenfalls 2005 erhielt die Gemeinde von der Stadt Pinneberg einen jüdischen Friedhof. Das Gemeindezentrum wurde 2010 fertiggestellt.

In Pinneberg sprach sich die Gründung der neuen jüdischen Gemeinde schnell herum, und viele der jüdischen Immigranten aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion kamen zu uns“, wurde Seibert in einem Artikel in der Jüdischen Allgemeinen von 2012 zitiert. In der Folge organisierte die Gemeinde unter anderem auch Deutschkurse für ihre Mitglieder. Nach Drohungen durch Rechtsextreme sowie einen Islamisten erhielt Seibert 2011 polizeilichen Personenschutz.

2013 verübten Unbekannte in der Nacht vom 9. auf den 10. November einen Anschlag auf das Gemeindezentrum. Seibert wurde daraufhin in der taz mit den Worten zitiert, der „materielle Schaden“ sei bloß das eine, viel verheerender sei die „symbolische

Wirkung“.

Nun stellt sich vor Gericht die Frage, ob Seibert selbst in diesen Jahren nicht nur symbolischen, sondern auch materiellen Schaden angerichtet hat. Am Donnerstag wurde vor dem Landgericht Itzehoe über die Veruntreuung aus der Gemeindegasse verhandelt. Die ursprüngliche Klage lautete sogar auf einen sechsstelligen Betrag, den die Staatsanwaltschaft jedoch nur in Teilen als erwiesen ansah.

Seibert hat sich mit seiner erfundenen Familiengeschichte etwas angeeignet, was für andere sehr schmerzhaft ist: die familiäre Erfahrung von Verfolgung und Gewalt, die durch transgenerationale Weitergabe für viele Nachgeborene Teil ihrer Gegenwart ist. Er verkörperte zudem ein jüdisches, linkes Projekt. Über einen längeren Zeitraum war es ihm gelungen, die Pinneberger Jüdische Gemeinde in außerparlamentarische linke Politik einzubinden und eine gemeinsame Position zu vertreten. Wie viel Rückhalt diese Zusammenarbeit in der Gemeinde hatte, auch darüber gibt es nun sehr unterschiedliche Meinungen. Öffentliches Auftreten birgt für Jüdinnen und Juden in Deutschland immer noch eine große Gefahr in sich. Für einige war daher auch ein Kritikpunkt an Seibert als Gemeindevorsitzendem, sich in dieser Form öffentlich zu positionieren. Zu sehr sahen sie dadurch die Gemeinde in der Öffentlichkeit und befürchteten weitere Angriffe.

Durch seine Fälschung hat Seibert einen großen Teil seiner politischen Arbeit entwertet und die vorher bereits geäußerten Befürchtungen bestätigt. War für uns lange Zeit noch sein Anspruch, – mit falschen Mitteln – für emanzipatorische Politik einzutreten, eine vorstellbare Motivation, stellt das Gerichtsverfahren diese Motivlage infrage. Es ist aus heutiger Perspektive nicht mehr sicher, was ihn motiviert hat.

Bei einer vor Kurzem gemeinsam durchgeführten Veranstaltung betonte Miklós Klaus Rózsa, ein gemeinsamer Weggefährte, er hege in Gegensatz zu anderen „falschen Juden“ keinen Groll gegen Seibert. Das liege an den politischen Positionen, die sie auf gemeinsame Podien gebracht haben: Wolfgang Seibert trat immer als israelsolidarischer Antifaschist in Erscheinung. Das unterscheidet ihn von einigen anderen Akteur:innen wie Fabian Wolff, dessen Erfolg eben auch darin begründet lag, dass er durch die von ihm erfundene Zugehörigkeit seine Sprechposition glaubte zu legitimieren. Gleichzeitig wurde seinen Argumentationen durch seine erfundenen Zugehörigkeit mehr Bedeutung zugesprochen. Seine antiisraelischen Artikel entsprachen vor allem dem Bedürfnis eines nichtjüdischen Publikums. Inhaltliche Sorgfalt oder überzeugende Argumentation waren weniger wichtig als seine vorgebliche Zugehörigkeit zum Judentum.

Ähnlich wie Wolff machte sich Seibert das Bedürfnis seines Publikums zunutze, die Nähe einer Sprechposition zu suchen, die der eigene familiäre Kontext nicht ermöglicht. Er entsprach damit einem Bedürfnis nach Identifikation mit den Opfern, das angesichts der Gewaltgeschichte des Nationalsozialismus nachvollziehbar, aber weder erkenntnisfördernd noch moralisch integer ist. Die Überbetonung der Sprechposition kann zur Instrumentalisierung ebenjener Erzählung führen und eine Auseinandersetzung basierend auf Empathie verstellen. Gerade in Deutschland jedoch hat die Opfererzählung in Bezug auf den Nationalsozialismus auch entlastende Funktionen für die Gesellschaft: Sie umgeht die Auseinandersetzung mit Täterschaft. Und sie knüpft an bereits während des Krieges etablierte Erzählungen nichtjüdischer deutscher Opfer an, etwa von Bombardierungen, Flucht und Vertreibung.

Das Bedürfnis, sich mit Opfern zu identifizieren, stellen Personen wie Seibert in

gesteigerter Form dar. In ihrem Handeln jedoch entsprechen sie dem Bedürfnis der breiten Gesellschaft, sich der historischen Verantwortung zu entziehen. Dazu gehörte es, sich unabhängig von Fakten auf die „unschuldige“ Seite der Geschichte schlagen zu können. Auf diese Weise entflohen solche Personen dem Spannungsfeld einer fundamentalen Differenz zwischen Opfern und Tätern – ein wesentliches Kriterium historischer Verantwortung.

Das unregelmäßige Aufdecken und die anschließende Skandalisierung von falschen und erfundenen Familiengeschichten im Kontext des Nationalsozialismus deutet darauf hin, dass die deutsche Gesellschaft bis in die Gegenwart durch die NS-„Vergangenheit“ geprägt ist. Während sich zuletzt auf der einen Seite ein regelrechter Aufarbeitungsstolz etabliert hat, dient das neurechte Schlagwort „Schuld kult“ immer häufiger der Abwertung der als hegemonial bezeichneten „Erinnerungskultur“. Anschläge auf Erinnerungsorte zum Nationalsozialismus häuften sich in diesem Jahr besonders. Auch die Parole „Free Palestine from German guilt“ entspringt teilweise dem Wunsch, diese Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen.

Der Jüdischen Gemeinde Pinneberg hat Seibert zweifelsfrei Schaden zugefügt, sowohl intern als auch öffentlich. In den vergangenen vier Jahren kam es innerhalb der Gemeinde immer wieder zu Auseinandersetzungen, die als Folgen der Fälschung von Seibert zu sehen sind. Gleichzeitig ist es politisch verantwortungslos und indiskutabel, der Öffentlichkeit im Kontext der Schoah Geschichten zu erzählen, über deren Herkunft man sich nicht sicher ist. Dies entbehrt jeder Verantwortung gegenüber der Geschichte der NS-Vernichtung, ihres Nachlebens und Fortwirkens – vor allem aber wird das Leid der Opfer für die Inszenierung der eigenen Person instrumentalisiert und missbraucht. Und auch die persönliche Aneignung von Geld, das für jüdisches Leben bestimmt war, offenbart die Gleichgültigkeit gegenüber dem historischen Hintergrund, namentlich des Raubs an Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus. Hier klaut nicht nur jemand Geld und Sachwerte, sondern es waren auch in ihrer Mehrheit zugewanderte, aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion stammende Mitglieder der Gemeinden, die Schaden erlitten. Einigen von ihnen dürfte auch die sowjetischen Enteignungen und Zwangskollektivierungen teils explizit jüdischen Vermögens familiär eingeschrieben sein.

Im Deutschen Reich war bereits seit den Novemberpogromen im Jahr 1938 jüdisches Vermögen staatlicherseits und auch privat geplündert worden. Ab der deutschen Besatzungsherrschaft 1941 konfiszierten die Besatzer dann jegliches jüdisches Vermögen und führten es der Kriegswirtschaft zu. Einige Nationalsozialisten und einheimische Helfer:innen bereicherten sich persönlich auf diese Weise. Der Raub zog sich durch die gesamte Besatzungsherrschaft: Häuser, Firmen und Fabriken, Möbel, wertvolle Gebrauchsgegenstände, Bargeld, Sparbücher, Devisen, Gold und Edelsteine, Schmuck, Kultureinrichtungen, Bankguthaben.

Die Zugewanderten aus der ehemaligen Sowjetunion und ihre Nachfahren haben beileibe nicht alle und nicht nur Geschichten von der NS-Verfolgung zu erzählen, und doch ist dieser Zusammenhang keineswegs irrelevant. Erst heute thematisieren viele Nachfahren von „Kontingentflüchtlingen“ die ressentimentgeladene Stimmung, amalgamiert aus antislawischem Rassismus und dem Narrativ über die „Ostjuden“, die ihnen hierzulande widerfuhr und widerfährt. Viele damals Eingewanderte leben heute in

Deutschland in Armut. Mehr als 93 Prozent von ihnen sind heute auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Für den Zeitraum von Seiberts Gemeindevorsitz gab es in der Gemeinde dazu eine Vielzahl von Personen, deren Deutschkenntnisse eingeschränkt waren.

In Anbetracht des Erbes von „Arisierung“, Raub und Zwangsabgaben erscheint es besonders perfide, über jüdische Gemeinden in Deutschland Geld an sich zu nehmen, das einem nicht zusteht. Es besteht ein grundlegender symbolischer Unterschied zwischen den nun verhandelten Einverleibungen und früheren nachgewiesenen Betrugsfällen, für die Seibert bereits teilweise verurteilt wurde.

Für die Beurteilung des Falls Wolfgang Seibert liegen nun, mehr als fünf Jahre nach Bekanntwerden des Schwindels, neue Fakten vor, mit der auch das Motiv der persönlichen Bereicherung plausibler wird. Dies reicht allerdings nach wie vor nicht aus, um das hier beispielhaft erfahrbare Phänomen hinreichend zu beschreiben. Unklar bleibt im Fall Seibert, ob die Indizien für einen vorsätzlichen und heimtückischen Plan sprechen. Doch um zu wissen, dass diese Symbolik triggert, bedurfte es dessen auch nicht. Über das dafür notwendige Wissen zu den Verbrechen des Nationalsozialismus verfügte Seibert zweifelsohne. Die moralischen wie erinnerungspolitischen Fragestellungen, die sein Fall aufwirft, bleiben gesamtgesellschaftlich zu beantworten. Während Seibert dem Staat Geld über die jüdischen Gemeinden entzogen hat, hat er den Nachfahren der Täter:innen, Mitläufer:innen, Profiteur:innen und Zuschauer:innen des Nationalsozialismus in ihrer Auseinandersetzung mit ihren Vorfahren nichts „weggenommen“. Es steht ihnen frei, sich dieser Vergangenheit zu widmen, ohne Mythen zu folgen oder Geschichten zu erfinden.

Johannes Spohr, 40, ist Historiker und betreibt in Berlin den Recherchedienst present past zum Nationalsozialismus in Familie und Gesellschaft. Wolfgang Seibert traf er bei Veranstaltungen zu linkem Antisemitismus.

Clemens Böckmann, 35, machte seinen Abschluss an der Muthesius Kunsthochschule in Kiel. Er lebt in Leipzig und forscht zu den Möglichkeiten biografischen Erzählens.

Wolfgang Seibert ist er in Hamburg begegnet.

Unsere Community ermöglicht den freien Zugang für alle. Dies unterscheidet uns von anderen Nachrichtenseiten. Wir begreifen Journalismus nicht nur als Produkt, sondern auch als öffentliches Gut. Unsere Artikel sollen möglichst vielen Menschen zugutekommen. Mit unserer Berichterstattung versuchen wir das zu tun, was wir können: guten, engagierten Journalismus. Alle Schwerpunkte, Berichte und Hintergründe stellen wir dabei frei zur Verfügung, ohne Paywall. Gerade jetzt müssen Einordnungen und Informationen allen zugänglich sein. Was uns noch unterscheidet: Unsere Leser:innen. Sie müssen nichts bezahlen, wissen aber, dass guter Journalismus nicht aus dem Nichts entsteht. Dafür sind wir sehr dankbar. Mittlerweile sind 37.000 Menschen dabei und ermöglichen damit den taz-Blick aufs Weltgeschehen, jeden Tag hier auf taz.de. Damit wir auch morgen noch unseren Journalismus machen können, brauchen wir mehr Unterstützung. Unser nächstes Ziel: 40.000 – und mit Ihrer Beteiligung können wir es schaffen. Es wäre ein schönes Zeichen für die taz und für die Zukunft unseres Journalismus. Mit nur 5,- Euro sind Sie dabei!

## .) **Ethnische Säuberung – keine Umsiedlung :**

<https://www.haaretz.com/israel-news/2023-12-06/ty-article/.premium/thats-life-and-death-arming-israeli-civilians-is-a-terrible-security-policy/0000018c-40a5-db23-ad9f-68fd78bd0000>

Seit der Bildung der gegenwärtigen israelischen Regierung im vergangenen Dezember haben der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, und seine Partei *Otzma Yehudit* dazu beigetragen, israelisch-jüdische Zivilisten zu bewaffnen, und sie haben gefordert, die Regeln für den Einsatz von Waffen zu lockern - wenn es notwendig ist, das Feuer zu eröffnen. Premierminister Benjamin Netanjahu unterstützte diese Politik mit dem Argument, dass bewaffnete Zivilisten bei der Terrorbekämpfung helfen. Seit dem 7. Oktober hat die Regierung die Gesellschaft mit Waffen überschwemmt.

Letzten Donnerstag hätte ein Terroranschlag in Jerusalem den perfekten Erfolg dieser Politik demonstrieren sollen, als ein bewaffneter Bürger die Schützen auf frischer Tat ertappte - wenn nicht alles furchtbar schief gegangen wäre. Der Bürger, Yuval Doron Kestelman, wurde bald darauf selbst von zwei israelischen Soldaten niedergemäht, die ihn für einen Terroristen hielten. Als sie näherkamen, sank Yuval auf die Knie und hob die Hände, um sie aufzufordern, nicht zu schießen, und erklärte, er sei ein israelischer Jude. Er zog seine Jacke aus, um zu zeigen, dass er keinen Sprengstoff bei sich hatte. Einer der Soldaten - ein Reservist - schoss offenbar trotzdem auf ihn und dann noch einmal auf ihn, in einer Praxis, die als *vidu hariga* (Todesbestätigung) bekannt ist.

***Die israelische Regierung sammelt Pläne für die Umsiedlung der palästinensischen Bevölkerung des Gazastreifens in andere Länder, aber alle diese Pläne erfordern die Mitwirkung anderer Länder an einem schweren Verbrechen. Die Umsiedlung des Gazastreifens ist in Wirklichkeit ein Akt der ethnischen Säuberung. Vor Ort hat das israelische Militär bereits damit begonnen, Palästinenser von einem Ort zum nächsten zu vertreiben, ohne die Möglichkeit, an einem Ort in Sicherheit zu sein. Eine Aktion, die offen zur Ausdünnung der Bevölkerung des Gazastreifens durch Vertreibung aufruft, könnte auch zu einem Angriff werden, der die Bevölkerung durch Völkermord ausdünn.***

**.) Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina!, Donnerstag, 14.12. um 19:00 Uhr, Spritzenplatz (Altona) :** <https://interventionistische-linke.org/beitrag/fur-einen-gerechten-frieden-israel-und-palastina>

Wir verurteilen das antisemitische Massaker durch die Hamas, den islamischen Dschihad und die PFLP vom 7.10.2023 und gedenken der ermordeten, verletzten und entführten Menschen in Israel. Alle Geiseln müssen sofort freigelassen werden! Wir verurteilen die Bombardierung, Vertreibung der palästinensischen Zivilbevölkerung und die Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee und gedenken der in Gaza und der Westbank getöteten, verletzten, vertriebenen



und zu Unrecht inhaftierten Menschen. Es braucht einen dauerhaften Waffenstillstand und einen gerechten Frieden!

In diesem seit Jahrzehnten von Gewalt, Vertreibung und Besatzung geprägten Konflikt erleben viele Menschen unfassbare Trauer und Wut. Wir wollen einen Ort schaffen, an dem wir trotz unserer unterschiedlichen Meinungen und Erfahrungen gemeinsam das Ende der Eskalation fordern, an dem wir uns im Schmerz gegenseitig sehen.

Der aktuelle Krieg in Israel/Palästina verschlimmert das Leid auf allen Seiten: jeden Tag. Er entmenschlicht: jeden Tag. Wohngebiete und Lager von Geflüchteten werden bombardiert, tausende zivile Opfer in Kauf genommen, Krankenhäuser angegriffen – die Menschen in Gaza erleben schmerzhaft, dass ihre Leben nicht zählen.

In Israel sind die Menschen in Trauer um ihre Liebsten, wissen nicht, wo diese sind. Sie werden tagtäglich von Raketenangriffen bedroht, verletzt und vertrieben – viele haben durch das Massaker die Hoffnung auf den Schutz jüdischen Lebens verloren. Als Menschen, die den Krieg ablehnen, verurteilen wir die Relativierung des Terrors der Hamas und ihrer Verbündeten. Diese antisemitische und islamistische Organisation steht allem entgegen, wofür wir kämpfen: unseren feministischen Kämpfen, unserer internationalistischen Solidarität und unserem Ringen um eine freie Gesellschaft.

Durch die Bombardierung von Gaza, von Infrastruktur und Wohnraum wird die Spirale der Gewalt und des Hasses jedoch nicht durchbrochen. Die extrem rechte Netanyahu-Regierung bleibt damit der Logik der Gewalt und der Entmenschlichung treu und treibt den Autoritarismus in Israel voran. Das muss enden.

Auch hier in Deutschland vergrößert der Krieg das Leid. Wir sind fassungslos über die eskalierenden Angriffe gegen jüdische Einrichtungen, gegenüber Jüdinnen und Juden – oft während sie in Trauer und Sorge um Freund\*innen und Familie sind. Dass sie sich weder in Deutschland noch in Israel sicher fühlen können, erfordert unsere ganze Solidarität: Wir treten jedem Antisemitismus klar entgegen!

Doch Antisemitismus ist in Deutschland schon vor dem 7. Oktober Alltag gewesen. Er ist nach dem NS-Faschismus nie verschwunden und kommt noch immer aus der Mitte der Gesellschaft. Die deutsche Regierung inszeniert nun einen Kampf gegen Antisemitismus. Sie zeigt auf vermeintlich Andere, während mit Hubert Aiwanger erst kürzlich ein verbrieft Antisemit bayerischer Minister werden konnte.

Wir sind entsetzt, dass palästinensische Stimmen und Symbole kriminalisiert und Demonstrationen pauschal verboten werden. Ihre Wut, Trauer und Sorge um Freund\*innen und Familie muss einen Ausdruck haben dürfen. Ebenso wie die Kritik an der Kriegsführung des israelischen Militärs und an den massiv zunehmenden Angriffen von Siedler\*innen auf Palästinenser\*innen in der Westbank.

Der Kampf gegen Antisemitismus wird für rassistische Stimmungsmache, für Autoritarismus und die Legitimierung der deutschen Abschiebepolitik

instrumentalisiert. Wir sind solidarisch mit allen, die der antimuslimische Rassismus ausgrenzt und diskriminiert. Wir treten jedem Rassismus klar entgegen!

Wir stellen uns an die Seite derer, die den Kampf und die Hoffnung auf ein besseres Leben in Frieden, Gleichheit und Selbstbestimmung für alle in Israel/Palästina nicht aufgeben wollen. Das wird es nur ohne die Besatzung und ohne die Hamas geben können.

Wir stehen für die Migrationsgesellschaft und werden die Idee einer offenen Gesellschaft verteidigen. Diese wird es nur geben, wenn wir die Kämpfe gegen Autoritarismus, Rassismus und Antisemitismus zusammendenken und gemeinsam führen.

Gegen den Krieg. Für die Menschlichkeit.

### **.) Hamburg: Aktionen in Solidarität mit Palästina:**

<https://www.demvolkedienern.org/index.php/de/t-brd/8157-hamburg-aktionen-in-solidaritaet-mit-palaestina>

In der von der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) und anschließend auch dem Internationalen Kommunistischen Bund (IKB) ausgerufenen Aktionswoche zur Unterstützung des palästinensischen Kampfes, fanden auch unterschiedliche Aktionen in Hamburg statt.

Am Donnerstag, dem 07. Dezember, führte das Palästina-Bündnis Hamburg im Internationalen Zentrum B5 einen Vortrag zum nationalen Befreiungskampf des palästinensischen Volkes durch, mit dem die nationale Befreiungsbewegung Palästinas beleuchtet und ihr notwendiger, gerechtfertigter Kampf gegen die imperialistische Besatzung und den andauernden Völkermord hervorgehoben wurde. Zudem wurde über die Repression gegen Palästina-Unterstützer in der BRD berichtet, insbesondere über die Lage des Gefangenennetzwerk Samidoun, das vor wenigen Wochen vom imperialistischen deutschen Staat verboten wurde.

Anschließend wurde der Film „Schlacht um Algier“ gezeigt, der vom nationalen Befreiungskrieg des algerischen Volkes in 50er und 60er Jahren handelt und sehr gut darstellt, was nationaler Befreiungskampf bedeutet und die Hirngespinnste und Illusionen einiger, sich als Links oder sogar Anti-imperialistisch bezeichnender Kräfte, zerschlägt.

Am nächsten Tag beteiligten sich Aktivisten des Roten Bundes gemeinsam mit anderen Kräften des Palästina-Bündnis Hamburg an einer Kundgebung unter dem Motto: „Stoppt die Massaker in Gaza!“. Es konnten einige Ausgaben der Roten Post verkauft werden, die von den Teilnehmenden sehr gut aufgenommen wurde.

Die Kundgebung am Freitag war übrigens die erste Kundgebung, die nicht im Lichte der antidemokratischen Allgemeinverfügung stand, die in den letzten acht Wochen in Hamburg galt. Seit dem 15. Oktober galt eine von der Versammlungsbehörde erlassene Allgemeinverfügung in Hamburg, mit der jeder pro-palästinensische

Protest ohne weiteres von der Polizei verboten werden konnte. Nach acht Wochen faktischer Aushebelung des Versammlungsrechts für Unterstützer des palästinensischen Volkes kippte das Verwaltungsgericht Hamburg die Allgemeinverfügung in Folge mehrerer Klagen. Der Sprecher der Hamburger Polizei hingegen bedauerte die Entscheidung des Gerichts in einem Interview mit dem NDR und sagte, die Polizei hätte gern weiter auf diese Verfügung zurückgegriffen. Auch wenn die Allgemeinverfügung nun Geschichte zu sein scheint, wird die Repression gegen die Unterstützer des palästinensischen Kampfes nicht abreißen. Nach wie vor erteilt die Polizei Rede- und Meinungsverbote, erlässt restriktive Auflagen für Versammlungen und sie wird auch weiter versuchen einzelne Versammlungen unter fadenscheinigen Begründungen zu verbieten. In Hamburg hat sich aber in den letzten Wochen gezeigt, dass es genug Menschen gibt, die sich davon nicht unterkriegen lassen, allen voran die arabischen Massen, die immer und immer wieder auf die Straße gegangen sind, egal ob legal oder illegal.

### **.) Israel lässt KI Angriffsziele in Gaza auswählen - Experten äußern Bedenken:**

<https://www.fr.de/politik/gospel-israel-news-kuenstliche-intelligenz-ki-armee-ziele-gaza-hamas-zivilisten-kritik-the-zr-92708520.html>

Mithilfe einer KI berechnet das israelische Militär geeignete Angriffsziele im Gazastreifen. Doch Fachleute kritisieren das Vorgehen.

Gaza/Tel Aviv – Im [Israel-Krieg](#) kommen auch [unzählige Zivilisten ums Leben](#). Hinter den Angriffen des israelischen Militärs (IDF) stehen jedoch längst nicht mehr nur Militärstrategie-Fachleute und Generäle: Auch eine Künstliche Intelligenz (KI) berechnet Angriffsziele und Wahrscheinlichkeiten.

Bei der [KI](#) handelt es sich um ein System, das auf Basis gesammelter Daten mögliche Aufenthaltsorte von [Hamis](#)-Funktionären anvisiert – und dabei etwa auch das Risiko für Zivilpersonen berechnet. Das ergaben Recherchen der britischen Zeitung *Guardian*, des Israelisch-Palästinensischen Magazins *+972* sowie dem Hebräischsprachigen Medium *Local Call*. Auf Hebräisch trägt die KI den Namen „Habsora“, was der *Guardian* ins Englische mit „The Gospel“ (dt. etwa „reine Wahrheit“, „Evangelium“) übersetzt.

KI im Krieg: Israel nutzt seit 2021 „Maschine“, um Hamas-Ziele zu finden

Die veröffentlichten Recherchen zu dem System sollen belegen, dass das System dazu eingesetzt wird, um „schnell und effizient“ Ziele im [Gazastreifen](#) auszumachen. Dazu haben die Medien mit mehreren ehemaligen Militär-Offiziellen gesprochen und auch ältere Aussagen etwa von dem ehemaligen IDF-Chef Aviv Kochavi ausgewertet. Dieser hatte in einem schon vor dem Krieg veröffentlichten Interview erklärt, dass das israelische Militär eine „Maschine“ einsetze, „die schneller als jeder Mensch riesige Datenmengen produziere und diese in Angriffsziele übersetze“.

Der Einsatz von KI im Krieg gehe nach Kochavi Aussagen zufolge bereits auf den Israel-Gaza-Konflikt 2021 zurück, als das israelische Militär erstmals auf moderne Technologien wie maschinelles Lernen zurückgriff. Damals seien „seit der Aktivierung dieser Maschine“ pro Tag „100 Ziele generiert worden“. Dazu erklärte Kochavi: „Ins Verhältnis gesetzt haben wir vorher gut 50 Ziele pro Jahr definiert, nun sind es 100 pro Tag. Und 50 Prozent davon werden angegriffen“. Laut IDF-Angaben von Anfang November seien bislang mehr als 12.000 Ziele im Gazastreifen von der Spezialeinheit zur Zielverwaltung definiert worden.

Krieg in Israel: KI wertet Geheimdiensterkenntnisse aus und gibt Zielempfehlung  
Obwohl die meisten Informationen rund um die Einheit unter Verschluss stünden, habe das IDF die Existenz des KI-Systems laut *Guardian* in einer kurzen Stellungnahme auf seiner Webseite bereits bestätigt. Darin wurde erklärt, dass „durch die schnelle und automatische Auswertung von Geheimdiensterkenntnissen“ Zielempfehlungen ausgegeben würden, die zum Ziel hätten, „eine Übereinstimmung zu schaffen zwischen der Empfehlung der Maschine und der von einem Menschen erarbeiteten Zielidentifikation“. Dafür würden etwa Drohnen- und Überwachungsbilder sowie Inhalte abgehörter Unterhaltungen zurate gezogen. Was sich nach der Darstellung eines ehemaligen IDF-Offiziellen laut *Guardian* verändert habe, sei die Tatsache, dass [inzwischen auch Bomben auf Orte fielen](#), in denen Hamas-Mitglieder ohne Rang und Einfluss vermutet würden. Gerade bei solchen Angriffen vermuteten Fachleute wie der ehemalige IDF-Mann viele zivile Tote. Eine andere Quelle aus dem Umfeld des IDF betonte dagegen, dass ein Algorithmus verwendet würde, um zu berechnen, wie viele Zivilpersonen in einem Ziel verbleiben und auch entsprechend gehandelt würde.

KI-Einsatz im Krieg gegen Gaza: Kritiker bezweifeln „Präzision“ der modernen Taktik  
Dass das funktioniert, daran zweifelten gegenüber dem *Guardian* nicht nur Kritikerinnen und Kritiker der Vorgehensweise des israelischen Militärs, sondern auch KI-Fachleute und Menschenrechtler. Richard Moyes etwa, Leiter der Anti-Waffen-Kampagne „Article 36“, gab zu bedenken, dass aus den Schäden der Angriffe deutlich werde, dass von „Präzision“ keine Rede sein könnte und stattdessen „weite Teile eines urbanen Gebiets in Schutt und Asche gelegt“ würden. Eine andere Quelle der Zeitung warf dem israelischen Militär vor, eine „Massenmord-Fabrik“ zu betreiben.

Seit Freitag (1. Dezember) berichten Medien wie die *New York Times* davon, dass es [nach der siebentägigen Waffenruhe](#) zwischen [Israel](#) und Gaza erneut zu heftigen Angriffen komme. Bereits in den ersten Stunden wurden Berichte laut, dass fast 200 weitere Menschen im Gazastreifen getötet, Hunderte weitere seien verletzt worden.

## .) Zur aktuellen Lage in Israel/Palästina: Erklärung der Plattform

[Zur aktuellen Lage in Israel/Palästina: Erklärung der Plattform | de.indymedia.org](https://de.indymedia.org)

### .) Nachrichten im Nahost-Krieg +++: „Der Anfang von Ende“

„Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu fordert Hamas-Kämpfer zur Aufgabe auf. WHO sieht katastrophale Folge des Konfliktes. Israel zählt 100. toten Soldaten.

[+++ Nachrichten im Nahost-Krieg +++: „Der Anfang von Ende“ - taz.de](https://www.taz.de)

Israel will ungeachtet immer mehr getöteter Zivilisten den Krieg im Gazastreifen gegen die islamistische Hamas weiter intensivieren – und verbreitet Siegesgewissheit. Der Krieg werde noch andauern, „aber das ist der Anfang vom Ende der Hamas“, prophezeite Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in einer Videobotschaft am Sonntagabend. „Zu den Terroristen der Hamas sage ich: Es ist aus. Sterbt nicht für Sinwar [den Chef der Hamas im Gazastreifen]. Ergebt euch – jetzt.“ Unterdessen wächst die internationale Kritik am Vorgehen seiner Regierung angesichts einer immer katastrophaleren Lage für die Zivilisten im Gazastreifen.

### .) Vertreibung im Schatten des Gaza-Krieges:

<https://www.youtube.com/watch?v=KZbvUOwkrY8>

Während die Welt auf den Krieg Israels gegen die Hamas in Gaza schaut, wurden seit dem 7. Oktober über 1.000 Palästinenser aus ihren Dörfern im Westjordanland vertrieben. Verborgener vor der Weltöffentlichkeit, die vor allem auf die Auswirkungen des Krieges von Israel gegen die Hamas in Gaza schaut, vertrieben radikale Siedler im Westjordanland in den letzten Wochen immer mehr Palästinenser aus ihren Dörfern. Angesichts von Drohungen und Gewalt verließen die Bewohner des Beduinendorfes Wadi Al Siq im Jordantal ihre Hügel. Südlich von Hebron, in Wadi Al Tiran, halten einige Familien noch aus. Die Bewohner des nahe gelegenen Dorfes Zanuta haben den Ort schon verlassen. Die Siedler Israels werden ermutigt durch die messianische Rhetorik der rechtsextremen Minister in der Regierung. Zu ihnen gehört der Minister für nationale Sicherheit, der die Verteilung von Tausenden von Waffen an Freiwillige angekündigt hat, die für die

Sicherheit in "Judäa Samaria" zuständig sind – das ist der Name, den die Israelis dem Westjordanland geben, das laut den Vereinten Nationen noch immer besetztes palästinensisches Gebiet ist. Fast 500.000 Israelis leben heute in Siedlungen im Westjordanland, dicht an einer weiteren Front des Konflikts.

[#reportage #westjordanland #palästinenser](#)

**.) Belgien: Rund 20 Festnahmen bei einer pro-palästinensischen Aktion:**

<https://secoursrouge.org/belgique-une-vingtaine-darrestations-lors-dune-action-pro-palestinienne/>

Rund 20 Festnahmen bei einer pro-palästinensischen Aktion

Demonstranten blockierten ab 7 Uhr morgens die Zufahrt zur Firma OPI Sensor Systems in Oudenaarde. Das Unternehmen gehört zum israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems, der unter anderem Drohnen und militärische Bodenausrüstung für die israelische Armee sowie Überwachungsmaterial für die Mauer im Westjordanland liefert. Die örtliche Polizei traf vor Ort ein und forderte die Demonstranten auf, das Gelände innerhalb einer Stunde zu verlassen, wurde jedoch abgewiesen. Gegen Mittag griff die Verstärkung der Bundespolizei (darunter das Anti-Lock-on-Team, eine Autopumpe und der Zellenbus) ein, um die Aktion zu beenden. Etwa 20 Demonstranten, d. h. die Hälfte der Teilnehmer, wurden abgeführt. Es wurden auch Protokolle erstellt. Die begonnenen Demonstranten werden nun (16:30 Uhr) tröpfchenweise wieder freigelassen.

**.) Fotoreihe: 10.12.23 Solidarität mit Palästina – Kein Waffen für Genozid :**

<https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20231210.1/album/index.html>

**.) Angriffe auf dem Roten Meer: Huthis setzen auf Eskalation**

<https://taz.de/Angriffe-auf-dem-Roten-Meer/!5976092/>

Die proiranische Miliz im Jemen hat erneut ein Schiff im Roten Meer attackiert. Die internationale Seefahrt gerät zunehmend zwischen die Fronten.

Die Huthi-Miliz hatte bereits vor Wochen mit Angriffen auf alle Schiffe gedroht, die einen Bezug zu Israel haben. Im November entführte sie einen Autofrachter. Am 3. Dezember griffen die Huthis, die militärisch von Iran unterstützt werden, drei Handelsschiffe und ein US-Kriegsschiff an. Die Schifffahrt gerät damit zunehmend zwischen die Fronten des Gazakriegs sowie des Schattenkriegs zwischen Israel und Iran.

**.) Die deutsche Erinnerungspolitik ist ins Gegenteil ihrer ursprünglichen Absichten umgeschlagen.: <https://www.medico.de/blog/schuld-ohne-suehne-19312>**

In den sozialen Medien kursiert derzeit ein Video von 2010. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Historiker Fritz Stern unterhalten sich über Israel und sind sich einig, dass Merkels Satz von der „Sicherheit Israels als Teil deutscher Staatsräson“ eine nicht zu Ende gedachte deutsche Außenpolitik sei. Es gibt noch mehr, was die älteren Herren in unnachahmlicher Abgeklärtheit reden: Dass die israelische Politik gegen Völkerrecht verstoße und „unmenschlich“ (Stern) sei, dass Deutschland „keine Bündnisverpflichtung gegen Israel“ habe (Schmidt). Beim heutigen Diskussionsstand würde man vermutlich Helmut Schmidt Antisemitismus und Fritz Stern jüdischen Selbsthass vorwerfen. Vielleicht würde sich sogar der Antisemitismusbeauftragte genötigt sehen, Stellung zu beziehen.

Was israelischer Politik lange nicht gelungen ist, nämlich alle Jüdinnen und Juden der Welt auf Israel einzuschwören, egal, welche Politik es betreibt oder ob es sich zusehends in eine Theokratie verwandelt, ist mittlerweile Herzensangelegenheit deutscher Politik geworden. Wer dachte, die Kämpfe um die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit seien siegreich zu Ende geführt, der reibt sich die Augen über den Pyrrhussieg, den eine kritische westdeutsche Erinnerungspolitik errungen hat. Die Erinnerungskultur, die sich zusehends nur mit der Vergegenwärtigung des jüdischen Leids beschäftigte, hat mit der Übernahme durch die Regierenden mittlerweile jeden kritischen Charakter verloren. Sie schien eigentlich einem weltoffenen, antirassistischen Deutschland die Tür geöffnet zu haben. Heute aber gibt es in Deutschland einen Konsens bis ins äußerste rechte Milieu, dass Antisemitismus vor allen Dingen bei Migrant:innen festzumachen ist. Denken ohne Geländer, diese Arendtsche Metapher, beherrschen hingegen nur noch wenige. Was ist passiert?

**Deutscher Sonderweg**

Das alles ist das vorläufige Ergebnis eines langen und widersprüchlichen Kampfes um die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen im juristischen, politischen, kulturellen und reparierenden Sinne. Die juristische Aufarbeitung, vielleicht ihr wichtigster Teil, hat weitestgehend ohne Beteiligung deutscher Gerichte und der Verfolgungsbehörden stattgefunden oder wenn, dann zu teils milden Urteilen geführt. Die Idee einer Neugründung Deutschlands durch ein fortlaufendes, offenes, radikal schonungsloses Gespräch zwischen Vätern und Söhnen, Eltern und Kindern der Kriegs- und Nachkriegsgeneration hat, bis auf wenige Ausnahmen, nicht stattgefunden. Das aber wäre nach Karl Jaspers, 1946 bereits im Buch „Die Schuldfrage“ formuliert, die „innere Umkehrung“ gewesen. Stattdessen gab es das Wirtschaftswunder und die antikommunistische Eingemeindung in den Westen.

Erst die 68er haben das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt, die RAF machte sich wenig später zum Richter über ehemalige Nazi-Größen, die nie

verurteilt worden waren. Aber auch die 68er haben sich über die Fragen der totalen Vernichtung von Juden, Sinti und Roma sowie anderen Menschen, die die Nationalsozialisten in Gruppen „lebensunwerten Lebens“ zwangen, wenig Gedanken gemacht – Verbrechen, die nach Simon Wiesenthal den Namen Holocaust hätten tragen sollen. Sie begründeten ihren Antifaschismus mit Antikapitalismus. Bis dahin gestaltete sich der Kampf um die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit in Westdeutschland immer im Widerstreit mit einer Mehrheit aus Bürger:innen und Parteien, die alles vergessen wollte.

Dann übernahm Hollywood das Zepter. Die Serie „Holocaust“, die damals alle guckten, löste eine verbreitete und ambivalente Beschäftigung mit der Judenvernichtung aus und initiierte so die massenhafte Erinnerungskultur in Deutschland. Vor dem Hintergrund eines Gedächtnisses, das alles auf das KZ als Ausnahme vom normalen Leben beschränkte, konnte man sich mit der Elterngeneration wieder versöhnen, ohne dass das schonungslose Gespräch stattgefunden hätte. Die Nazi-Generation nahm einen Großteil ihrer Geschichte und ihrer Verbrechen unerzählt mit ins Grab.

1985 hielt Bundespräsident von Weizsäcker seine berühmte Rede, in der er sagte, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung für Deutschland gewesen sei. Der Historiker Ulrich Herbert hat darauf verwiesen, dass diese Rede eine problematische Seite aufweist, dass nämlich von Weizsäcker keine Stellung zu seiner eigenen Verwicklung (als Anwalt seines Vaters beim vorletzten Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg) und der seiner Familie in die Naziverbrechen bezog. Mit ihren umstrittenen und schlechter formulierten Reden waren Kohl und Jenninger weiter gegangen.

Der Historikerstreit ab 1986 nimmt dann eine besondere Stellung im Kampf um die Bewertung der Naziverbrechen ein. Damals hatte der Historiker Ernst Nolte, im Übrigen der einzige tatsächliche Historiker unter den Beteiligten, die These aufgestellt, dass die Nationalsozialisten angesichts des Stalin'schen Gulags im Grunde einen Präventivschlag gegen die Sowjetunion ausgeführt hätten. Die Antwort darauf war der Lehrsatz von der „Singularität von Auschwitz“, auch um dem permanenten Vergleich mit dem Stalinismus aus dem Weg zu gehen. Das stellte Nolte und mit ihm die deutsche Rechte ruhig. Was die Beteiligten nicht wissen konnten: Mit dem Ende des Ostblocks war dieser Lehrsatz dann wichtig genug, um die westlich-liberale Hegemonie als Kampf gegen das absolut Böse zu rechtfertigen, und zwar mit der und über die Universalisierung von Auschwitz als einzigartigem Menschheitsverbrechen. Was seither in die Nähe von Hitler gerückt werden kann, ist legitimerweise mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Mit der westlichen Hegemonie seit 1990, deren Dämmerung nun eintritt, ist es dem Deutschland, das sich die DDR einverleibte und deren „verordneten Antifaschismus“ mit dem Leitsatz der Singularität von Auschwitz ersetzte, endgültig gelungen, wieder



Weltpolitik zu machen. Wenn Deutschland oder vielmehr die deutsche Politik heute noch eine Beziehung zur Tätergeschichte hat, dann besteht sie vor allen Dingen in der. Edgar Hilsenrath hatte das in seinem Roman „Der Nazi und der Friseur“ schon Anfang der 1970er Jahre vorhergesehen. Darin schildert er, wie ein Nazi-Verbrecher eine jüdische Identität annimmt und fröhlich in Israel vor sich hin lebt. Eine beißende Kritik am Philosemitismus der Deutschen.

Erinnerungspolitik und Staatsräson

Und dann kam Angela Merkels Satz von der Staatsräson, zum ersten Mal gesagt im Jahr 2008, anlässlich des 60. Jahrestags der israelischen Staatsgründung. Ihm folgte eine lange Debatte, die 2019 im BDS-Beschluss des Bundestages gipfelte, der die palästinensische Boykottbewegung, die im Gegensatz zu den Selbstmordattentaten als friedlicher, zivilgesellschaftlicher Widerstand gegründet wurde, für antisemitisch erklärte. Es kam zur Einrichtung der Ämter von Antisemitismus-Beauftragten, die einen der wichtigsten politischen Denker des globalen Südens und vormaligen Liebling der deutschen Akademie, Achille Mbembe, wegen israelkritischer Positionen zur Persona non grata erklärten.

Viele weitere Sprech- und Verbandsverbote später, nach dem verheerenden Hamas-Angriff und angesichts der schonungslosen israelischen Bombardierungen des Gaza-Streifens, haben die Regierungsfractionen der absehbar linkest-möglichen Regierung in Deutschland am 9. November einen 50-Punkte-Kriterienkatalog vorgelegt, der sich derzeit in Verhandlungen befindet. Er betrachtet im Grunde jede kritische Beschäftigung mit israelischer Politik als antisemitisch. Der Katalog ist zudem ein Generalangriff auf die Unabhängigkeit deutscher Kulturinstitutionen, deren finanzielle Existenz von der Zustimmung zu einem vorwiegend auf Israel-Kritik bezogenen Antisemitismus-Begriff abhängen soll. So wird überlegt, ob Empfänger:innen staatlicher Gelder die umstrittene IHRA-Definition, die Kritik an israelischer Politik recht generell unter Antisemitismus-Verdacht stellt, unterschreiben müssen. Antisemitismus-Bekämpfung bezogen auf Israel ist nun eine obrigkeitsstaatliche Angelegenheit und hat keine Idee mehr von Aufklärung, Bildung und gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Und das in Kriegszeiten.

Die Staatsräson meint heute weit mehr als die Sicherheit Israels. Sie ist mit dem verknüpften Antisemitismus-Vorwurf zum zentralen Mittel geworden, Dissens in der Gesellschaft zu delegitimieren. Es ist zwar schon lange klar: Ohne ein Bekenntnis zu Israel gibt es keine Rückkehr deutscher Politik in die Weltarena. Das hatte schon Adenauer kühl kalkuliert und über erhebliche finanzielle Zahlungen offizielle Beziehungen zu Israel hergestellt. Im Gespräch mit Günter Gaus schwadronierte er später über die "Macht der Juden", der man habe Rechnung tragen müssen. Doch die Staatsräson von Merkel war und ist nicht nur Interessenpolitik, sondern auch im höchsten Maße moralisch aufgeladen. Sie ist zugleich ein identitätspolitischer Satz. Deshalb ist es so schwer geworden, fast unmöglich, den beschrittenen Weg wieder

zu verlassen.

#### Erinnerungsbetrieb

Die Deutschen sehen sich nun stolz als Erinnerungsweltmeister. Deshalb ist die Zustimmung, die Gesundheitsminister Karl Lauterbach auf twitter zur Aussage eines bekannten britischen Rechten gab, der sagte, dass die SS-Täter sich im Gegensatz zur Hamas wenigsten geschämt hätten für ihre Untaten, kein Versehen, sondern echtes deutsches Empfinden. Wir brauchen keine Schlusstrich-Debatte mehr, wir haben es längst geschafft, die Vergangenheit zu unseren Gunsten umzudeuten. Ein neues Überlegenheitsgefühl macht sich nach der erfolgreichen Aufarbeitung breit. Es stören dabei nur ein paar linke Jüd:innen, Israelis und die Angehörigen der Getöteten, wenn sie nicht bereit sind, ihre Opfer einfach so der deutschen Erinnerungskultur zur Verfügung zu stellen. Und natürlich alle die, die andere Geschichten und Traumata haben, die sie nicht mit der erklärten Singularität von Auschwitz abtun wollen.

Das alles wurde auch möglich, weil die in der Erinnerungskultur engagierten Menschen ihren Betrieb immer weiterlaufen lassen, obwohl sich mit ihrer Verstaatlichung etwas fundamental geändert hat. Denn sie ist nicht mehr herrschaftskritisch. Stolpersteine werden weiter verlegt, jüdische Museen eröffnet, jedes Dorf suchte seine Synagoge und pensionierte Geschichtslehrer beschäftigten sich mit den jüdischen Bewohnern, die vernichtet wurden. Dahinter stecken Gesten der Anerkennung jüdischen Leids, aber eben auch ein Vorbehalt. In dem Maße wie die Erinnerungskultur ihren herrschaftskritischen Charakter verloren hat, laufen die sich Erinnernden Gefahr, sich selbst mehr und mehr mit den Opfern deutscher Verbrechen zu identifizieren. Sie ersetzt die Beschäftigung mit der Täterschaft ihrer Vorväter.

Diese in Schiefelage geratene Erinnerungskultur, die Michal Bodemann „Gedächtnistheater“ nannte, ist der Hintergrund, vor dem Antisemitismus-Beauftragte zu Zensoren werden und sich dabei nicht einmal der Verantwortung für die Verletzung eines grundlegenden Prinzips der Freiheit bewusst sind. Erinnerungskultur ist heute in einer Weise identitätsstiftend geworden, dass jeder und jede, die dazu biografisch nicht gehört, schon ausgeschlossen ist. Das betrifft die Migrationsgesellschaft und Menschen aller Art, die sich einer multiplen und kosmopolitischen Identität verschrieben haben. Sie sollen schweigen und sich unterwerfen.

#### Das Kampffeld neu eröffnen

Der Kampf um die Erinnerung ist also nicht zu Ende. Er muss Ausgangspunkt für einen kosmopolitischen, friedensstiftenden Vorschlag sein. Denn die offizielle Erinnerungspolitik in Deutschland ist nicht zum ersten Mal (man denke nur an Joschka Fischers Auschwitzvergleich bei der Bombardierung Serbiens) zur Kriegsrhetorik geworden, die in der Weltunordnung dieser und kommender Tage

eine hervorragende Legitimationsfolie darstellt. Die Aufarbeitung der Vergangenheit muss als eine kritische Auseinandersetzung und nicht als Konsens- und Tabumaschine geführt werden. Gerade aber sind in dieser Hinsicht alle Türen geschlossen.

Kritische Erinnerungspolitik müsste sich heute rückbesinnen, ihre eigene Geschichte reflektieren und Ort für radikales Denken und Infragestellen werden, statt selbstgewiss Wahrheiten zu verkünden. Zugleich muss sie sich globalisieren und die Impulse aus den Entkolonisierungsprozessen und deren Theoretisierung aufnehmen, ohne sie für sakrosankt zu erklären. Kritische Erinnerungspolitik muss sich immer wieder neu mit der Frage des Antisemitismus beschäftigen, auch im Bezug auf Israel. Sie steht vor der Herausforderung, im politischen Feld gerade keine emanzipatorische Option zu haben. Im Zeichen des Endes von Politik, wie wir sie kannten, wäre sie aber ein Anfang.

**.) 20 Jahre jüdische Stimme für einen gerechten Frieden im Nahen Osten - eine Feier:** <https://www.youtube.com/watch?v=-oBTfdS1fyk>

Das Video zeigt:

eine "Jubiläums- Feier", die aber eher eine Trauerfeier ist, man erfährt, welche Menschen dieses Bündnis tragen, was sie bewegt und man staunt über die außergewöhnlich guten Musik-Kulturbeiträge im letzten Drittel.

Allerdings: Ihr braucht Zeit, mehr als zwei Stunden, aber es lohnt sich

**.) Mutmaßliche Hamas-Mitglieder in Berlin festgenommen:**

[Mutmaßliche Hamas-Mitglieder in Berlin festgenommen | MOPO](#)

**.) MEDIEN - DOKUMENTATION : Fünf Argumente, warum der Kampf für die Gründung und Verteidigung Israels 1948 ein großer Sieg war:**

[Fünf Argumente, warum der Kampf für die Gründung und Verteidigung Israels 1948 ein großer Sieg war | de.indymedia.org](#)

Im Kampf gegen die englische imperialistische Kolonialmacht, gegen die arabischen Feudalstaaten und ihre arabisch-palästinensischen Unterstützer wurde am 14. Mai 1948 auf dem Hintergrund des Teilungsplans der UNO von November 1947 Israel gegründet. Bis heute sind Streitpunkte: War die Gründung Israels in Palästina richtig? Warum wurde die Gründung Israels von der kommunistischen Weltbewegung unterstützt? Um diese und noch viele weitere Fragen zum Themenkomplex Israel/Palästina gibt es ein extrem großes Durcheinander auch bei Gruppen, die sich selbst kommunistisch oder antifaschistisch nennen.

Gerade in heutigen Debatten ist es aus unserer Sicht zentral, zunächst die Frage der Gründung des Staates Israels zu diskutieren. Wenn selbst in dieser grundlegenden Frage keine Einigung erreicht wird, weil vertreten wird, dass die Gründung Israels angeblich ein kolonialistischer Akt gewesen sei, der auf die Vertreibung der arabisch-palästinensischen Bevölkerung ausgerichtet gewesen sei, dann ist klar, dass eine weitere Diskussion, wenn nicht unmöglich, aber auf jeden Fall wesentlich erschwert ist. Denn eine solche Delegitimierung des Staates Israel, wie sie heute vor allem von palästinensischen Organisationen wie PLO, Hamas usw. vertreten wird, zielt direkt oder indirekt auf die Vernichtung Israels durch einen erneuten Krieg ab.

Es ist jedoch unbestritten: Selbst wenn es Einigung darüber gäbe, dass die Gründung des Staates Israel richtig war, ist damit eine Fülle weiterer Fragen aus der Geschichte Israels und der aktuellen Lage dort nicht geklärt. Aber dann wäre zumindest ein Fundament für eine solidarische Diskussion gelegt.

Der Kampf um die Frage der Gründung Israels ist in erster Linie eine Frage des demokratischen Kampfes, eine Frage im Kampf gegen Judenfeindschaft. Aber es geht auch um den Kampf gegen den Antikommunismus. Es geht um kommunistische Positionen im Kampf gegen jüdenfeindliche Geschichtsfälschung.

Im Kampf gegen die englische imperialistische Kolonialmacht, gegen die arabischen Feudalstaaten und ihre arabisch-palästinensischen Unterstützer wurde am 14. Mai 1948 auf dem Hintergrund des Teilungsplans der UNO von November 1947 Israel gegründet. Bis heute sind Streitpunkte: War die Gründung Israels in Palästina richtig? Warum wurde die Gründung Israels von der kommunistischen Weltbewegung unterstützt? Um diese und noch viele weitere Fragen zum Themenkomplex Israel/Palästina gibt es ein extrem großes Durcheinander auch bei Gruppen, die sich selbst kommunistisch oder antifaschistisch nennen.

Gerade in heutigen Debatten ist es aus unserer Sicht zentral, zunächst die Frage der Gründung des Staates Israels zu diskutieren. Wenn selbst in dieser grundlegenden Frage keine Einigung erreicht wird, weil vertreten wird, dass die Gründung Israels angeblich ein kolonialistischer Akt gewesen sei, der auf die Vertreibung der arabisch-palästinensischen Bevölkerung ausgerichtet gewesen sei, dann ist klar, dass eine weitere Diskussion, wenn nicht unmöglich, aber auf jeden Fall wesentlich erschwert ist. Denn eine solche Delegitimierung des Staates Israel, wie sie heute vor allem von palästinensischen Organisationen wie PLO, Hamas usw. vertreten wird, zielt direkt oder indirekt auf die Vernichtung Israels durch einen erneuten Krieg ab.

Es ist jedoch unbestritten: Selbst wenn es Einigung darüber gäbe, dass die Gründung des Staates Israel richtig war, ist damit eine Fülle weiterer Fragen aus der Geschichte Israels und der aktuellen Lage dort nicht geklärt. Aber dann wäre zumindest ein Fundament für eine solidarische Diskussion gelegt.

Der Kampf um die Frage der Gründung Israels ist in erster Linie eine Frage des demokratischen Kampfes, eine Frage im Kampf gegen Judenfeindschaft. Aber es geht auch um den Kampf gegen den Antikommunismus. Es geht um kommunistische Positionen im Kampf gegen jüdenfeindliche Geschichtsfälschung.

### **1. Der Kampf gegen den englischen Kolonialismus**

Ja, es ist wahr: Der „historische Zionismus“ stützte sich auf die ganz falsche und erledigte Vorstellung, dass die Gründung eines jüdischen Staates zur Zeit Napoleons III durch Frankreich (Moses Hess), durch die Herrscher des osmanischen Reichs oder zur Zeit von Kaiser Wilhelm durch Deutschland oder durch den englischen Kolonialismus (Theodor Herzl u. a.) sozusagen als koloniales Projekt erfolgen könne. Dieser „historische Zionismus“ war spätestens seit dem Krieg gegen den Nazifaschismus erledigt: Angesichts der nazifaschistischen industriell und staatlich organisierten

Massenmorde an der jüdischen Bevölkerung in Europa kämpften jüdische Organisationen, ob sie sich zionistisch nannten oder nicht, gemeinsam auch mit den kommunistischen Organisationen gegen die Nazis. Spätestens nach dem Mai 1945 geschah folgendes: Nicht mit, sondern gegen den englischen Kolonialismus kämpften jüdische Organisationen für die Einreise der Überlebenden der Shoah, für die Gründung eines Staates Israel, der allen jüdischen Überlebenden als Zuflucht offenstand. Viele Tausende von ihnen wurden in Europa noch immer in sogenannten „displaced persons“-Lagern festgehalten.

Die Gründung Israels auf der Grundlage des Teilungsplans realisierte also keineswegs die zu Beginn des 20. Jahrhunderts von einigen zionistischen Organisationen angestrebte Wiederherstellung uralter historischer Grenzen eines vormals existierenden jüdischen Gemeinwesens in dieser Region. Der Teilungsplan der UNO und selbst die um ein Drittel erweiterte Staatsgrenze Israels 1949 war für einen großen Teil reaktionärer zionistischer Kräfte ein schwer zu verdauender Kompromiss. Im Grunde war das auch ein theoretischer und politischer Schlag gegen die falsche Theorie, dass irgendwo auf der Welt Grenzen aufgrund von 2.000 Jahren zurückliegenden historischen Ereignissen gezogen werden könnten, ohne aktuelle Situationen und unmittelbare Vorgeschichten einzubeziehen. Die Gründung des Staates Israel auf dem vorgesehenen und dann realisierten Gebiet war keine Gründung auf der Grundlage der historischen Grenzen eines mehrere Jahrtausende vorher existierenden jüdischen Gemeinwesens.

Es war ein aus der realistischen politischen Situation entstandener Kompromiss unter der unbedingten Anerkennung, dass historische Argumente allein nicht über Grenzziehungen entscheiden können, auch wenn diese nicht ohne Bedeutung sind und sicherlich nach Möglichkeit berücksichtigt werden müssen. Um es also festzuhalten: die Gründung des Staates Israel entsprach nicht den Idealvorstellungen reaktionärer zionistischer Kräfte, sondern wurde von kommunistischen, sozialistischen und fortschrittlichen zionistischen Organisationen und Kräften eindeutig als politisch notwendig anerkannt und akzeptiert.

Gab es also keine historischen Argumente? Doch, es gab aus der Vorgeschichte der Naziverbrechen eine Argumentation zeitgeschichtlicher Art. Aber es wurde durchaus auch verstanden und akzeptiert, dass – wenn auch vor sehr langer Zeit – auf diesem Gebiet historische Wurzeln der jüdischen Religion und der jüdischen Kultur entstanden waren. Das ist doch ein riesiger Unterschied zu den kolonialistischen Staatsgründungen wie eben in Australien und Neuseeland, die zudem eine englische Kolonialmacht im Hintergrund hatten.

Akzeptable historische gewichtige Gründe waren unter anderem:

- die Nutzung der historischen Sprache dieses Gebiets
- Aktualität der Feste und Feiertage aus der historischen Zeit dieses Gebietes
- Benennung der Orte nach den historischen Namen
- religiöse und kulturelle Aspekte für die aktuelle jüdische Bevölkerung aus der Historie dieses Gebietes

Die Gründung des Staates Israel gelang ohne und gegen den englischen Imperialismus! Der „historische Zionismus“, eine Antwort auf die Judenfeindschaft in Europa unter Anlehnung an kolonialistische Staaten, hatte ausgespielt. Während der Zeit des Nazifaschismus kämpfte die jüdische Bevölkerung im Partisanenkampf und gemeinsam mit den Armeen der Anti-Hitlerkoalition. Jedoch: Der englische Imperialismus hatte seit dem Ende des ersten Weltkrieges die kolonialistische Macht in dem sogenannten „Mandatsgebiet Palästina“. Die englischen Kolonialisten verhinderten maximal die

Einreise jüdischer Überlebender der Shoah. Der englische Kolonialismus wurde insbesondere nach der Niederlage des Nazifaschismus ein erbitterter Feind, der mit seinen Soldaten und seinem Polizeiapparat gegen die jüdischen Kämpfer:innen vorging, die für einen Staat, für ein unabhängiges Israel kämpften.

Dieser Kampf gegen den englischen Kolonialismus war ein antikolonialer Befreiungskampf! Er wurde auch von den fortschrittlichen Teilen der arabisch-palästinensischen Bevölkerung unterstützt, die auch den englischen Kolonialismus verjagen und die imperialistische Politik des Teile-und-Herrsche bekämpfen wollten. Dieser Kampf war siegreich. Die englische Kolonialmacht musste sich angesichts des bewaffneten Kampfes der jüdischen Organisationen aus diesem Gebiet nach erbitterten Kämpfen zurückziehen und zog sich zurück. Zusammengefasst:

### **Erstes Argument**

**Die Behauptung, dass die Gründung Israels ein kolonialistisches Projekt gewesen sei, ist absolut unhaltbar. Israel wurde im Kampf gegen den englischen Imperialismus gegründet.**

### **2. Der gerechte Kampf gegen die Aggression der arabischen Feudalstaaten und gegen arabisch-palästinensische reaktionäre Kräfte**

Es deutete sich schon in den Jahren vor dem englischen Rückzug von 1948 an, dass noch ein weiter großer Kampf bevorstand: Der Kampf gegen die arabischen Feudalstaaten und ihre reaktionären arabisch-palästinensischen Helfer (u.a. der Mufti von Jerusalem, ein Nazi-Kollaborateur und Kriegsverbrecher). Diese Kräfte entfalteten in der Tradition der nazistischen Judenfeindschaft eine jüdenfeindliche Hetze gegen die jüdisch-palästinensische Bevölkerung und gegen die jüdischen Überlebenden der Shoah, die in das palästinensische Mandats-Gebiet der englischen Kolonialmacht (trotz großer Hindernisse) kamen. Eine Koalition arabischer Feudalstaaten drohte offen mit Krieg. Söldner aus Ägypten und anderen arabischen Feudalstaaten wurden schon vor Beginn des Krieges im Mai 1948 eingeschleust. Die reaktionärsten Teile der arabisch-palästinensischen Bevölkerung wurden aufgehetzt, gegen die jüdische Bevölkerung bewaffnete Überfälle und Massaker zu verüben, was auch geschah.

Der Generalsekretär der arabischen Liga, Azzam, hatte bereits am 11. Oktober 1947 in einem Interview für die ägyptische Zeitung Akhbar Al-Yom's erklärt:

„Dieser Krieg wird ein Ausrottungskrieg und ein bedeutendes Massaker sein, von dem man später wie von den Mongolenkriegen oder den Kreuzzügen sprechen wird.“

Und seitens des arabischen Hochkomitees wurde am 1. Mai 1948 erklärt:

„Ein jüdischer Staat hat keine Überlebenschance, jetzt wo der Heilige Krieg ausgerufen wurde. Eventuell werden alle Juden massakriert werden.“ (Übersetzt und zitiert nach: Morris, Ben: A History of the first Arab-Israel War, New Haven 2008, S. 395)

Diese extreme Judenfeindschaft hat eine lange Tradition, die vor allem auch durch die Nazis ab 1933 geschürt und verbreitet wurde.

Bereits vor dem Nazi-Überfall auf Polen 1939 hatten die deutschen Nazi-Faschisten in allen Teilen der Welt reaktionäre Kräfte, Organisationen und Persönlichkeiten politisch und militärisch massiv unterstützt, die in den anti-englischen Bewegungen in kolonial unterdrückten Ländern Einfluss hatten. So war das in Indien, in Irland, aber auch in den allermeisten arabischen Ländern, darunter im englischen kolonialen „Mandatsgebiet Palästina“. Der Mufti von Jerusalem half Nazi-Deutschland später u.a., bosnisch-muslimische SS-Einheiten aufzubauen.

Die Einbeziehung der arabischen Länder als Teil des nazi-faschistischen Kriegs und die nazistische ideologisch-politische Beeinflussung ihrer Bevölkerung – das war das Ziel der

Nazi-Faschisten. Und das gelang ihnen – über 1945 hinaus – in nicht unerheblichem Umfang umzusetzen. Schließlich fanden viele bedeutende Nazi-Verbrecher nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur in Staaten Süd- und Mittelamerikas, sondern gerade auch in arabischen Staaten Zuflucht, wo sie ihre Erfahrungen im „Kampf gegen das Judentum“ in den Dienst des jeweiligen Staatsapparats stellten.

Was die Sympathie großer Teile derjenigen arabisch-palästinensischen Bevölkerung, die reaktionär verhetzt war, und der arabischen Länder für den Nazifaschismus angeht, ist nicht einfach die Frage der Teilnahme am Krieg gegen die Anti-Hitler-Koalition entscheidend, sondern die grundlegende Mentalität, die besagt: Wenn Hitler gesiegt hätte, hätte die arabisch-palästinensische Bevölkerung nun keine Probleme mit der Einwanderung von jüdischen Menschen. Dann hätten die Nazis das Problem schon erledigt. So kann in Kurzform die große Sympathie für Nazideutschland zusammengefasst werden, die alle einte, die gegen die jüdische Einwanderung in das englische Mandatsgebiet Palästina in Worten und mit bewaffneten Aktionen kämpften.

Nach dem Abzug der englischen Truppen und der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 auf einem Teil des ehemaligen englischen „Mandatsgebiets Palästina“ überfielen am 15. Mai 1948 arabische Feudalstaaten (Ägypten, Syrien, Irak, Trans-Jordanien, Libanon) mit ihren Armeen und angeworbenen Söldnern das neugegründete Israel, zum Teil unter führender Beteiligung von in diese Länder geflüchteten Nazi-Verbrechern, mit dem Ziel den Staat Israel zu vernichten. Diese Invasionstruppen wurden in unterschiedlichem Umfang auch von arabisch-palästinensischen bewaffneten Gruppen unterstützt, die ebenfalls gegen die jüdischen bewaffneten Kräfte, aber auch gegen die jüdische Zivilbevölkerung kämpften. Die arabischen Reaktionäre eroberten zum Beispiel das jüdische Viertel von Jerusalem und zerstörten die dort existierenden Synagogen. Es kam zu erbitterten Kämpfen, in deren Verlauf auch unbewaffnete Männer, Frauen und auch Kinder in Folge der Kampfhandlungen getötet wurden. Es kam zu einer Massenflucht der arabisch-palästinensischen Bevölkerung.

In diesem Krieg siegte schließlich die kleine, aber aus überwiegend bewussten Kämpferinnen und Kämpfern bestehende im Aufbau befindliche jüdisch-israelische Armee. Die Aggressoren wurden zurückgeschlagen und besiegt. Zusammengefasst:

### **Zweites Argument**

**Die Behauptung, dass die jüdischen bewaffneten Kräfte die eigentlichen Angreifer gewesen seien, ist absurd. Die genannten arabischen Staaten haben das neugegründete Israel überfallen. Sie und ihre arabisch-palästinensischen Helfer wurden von der israelischen Armee besiegt, Die Aggression wurde zurückgeschlagen.**

### **3. Warum wurde kein Staat der arabisch-palästinensischen Bevölkerung gegründet, sondern nur Israel?**

Als klar war, dass die englischen Kolonialisten sich zurückziehen werden, wurde in der neu 1945 gegründeten UNO ausführlich diskutiert, wie es angesichts zweier Bevölkerungsteile mit eigener Nationalität, also die arabisch-palästinensische und die jüdisch palästinensische Bevölkerung, weitergehen soll.

Auf der diplomatischen Ebene hatte die damals sozialistische Sowjetunion 1947 innerhalb der UNO den nun weltweit bekannten Grundsatz bei einer Mehrheit der Staaten durchgesetzt, dass es eine arabische Nationalität und eine jüdische Nationalität auf dem Mandatsgebiet in Palästina gibt und dass beide das Recht haben, einen gemeinsamen binationalen oder jeweils einen eigenen Staat zu gründen. Verschiedene Kommissionen der UN tagten. Nach langen Anhörungen und Diskussion mit den Vertretungen beider Nationalitäten hatten sie für den eingetretenen Fall, dass ein binationaler Staat angesichts der aktuell aufgeheizten Situation nicht möglich ist, einen

detaillierten Teilungsplan nach wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Kriterien erarbeitet. So wurde gezeigt, dass aus Sicht der beteiligten Staaten in der UNO die Gründung zweier Staaten ein durchaus realisierbarer Plan war.

Die sozialistische Sowjetunion, die eine führende Rolle in der kommunistischen Weltbewegung spielte – auch als Hauptkraft im Kampf für den Sieg über den Nazifaschismus – erklärte sehr ausführlich in den Reden ihrer Vertreter in der UNO, dass auf dem Gebiet der ehemaligen Kolonialmacht England zwei Nationalitäten existieren. Es wurde herausgestellt, dass gerade auch die jüdische Nationalität das Recht habe, insbesondere auch nach dem Genozid an der jüdischen Bevölkerung in Europa durch den Nazifaschismus, einen eigenen, die jüdische Bevölkerung schützenden Staat zu errichten. Weiter wurde erklärt, dass auch die noch nie im Besitz eines Staates befindliche arabisch palästinensische Bevölkerung das Recht hat, nun auf einem Teil dieses Mandatsgebiet der ehemaligen englischen Kolonialherren einen eigenen Staat zu gründen.

Zu einer Diskussion über Fragen der von der UN entworfenen Teilung in zwei Staaten kam es gar nicht mehr. Denn sowohl die arabischen Staaten als auch die Vertreter der arabisch-palästinensischen Bevölkerung lehnten strikt und ohne irgendeine Kompromissbereitschaft die Gründung eines Staates zum Schutz der jüdischen Bevölkerung rigoros ab.

So gründete sich Israel, die arabischen Staaten überfielen Israel und erlitten eine Niederlage. In der Folge des Überfalls der reaktionären arabischen Staaten auf das neu gegründete Israel, das sich politisch und moralisch auf den Beschluss der UN stützte, der durch den bewaffneten Kampf gegen die englischen Kolonialisten realisiert wurde, entstand nun folgende Situation: Die große Mehrheit der vor den Kriegshandlungen geflohenen arabisch-palästinensischen Bevölkerung befand sich nun in den von der UN für einen palästinensischen Staat vorgeschlagenen Teilen des englisch-palästinensischen Mandatsgebietes (Wesbank und Gazastreifen), gründete dort aber keinen palästinensischen Staat. Beide Gebiete hatten sich die Aggressoren gegen Israel, Ägypten und (Trans)-Jordanien, einverleibt. Hier begann das Elend der palästinensischen Flüchtlingslager. Weder der ägyptische Staat noch der jordanische Staat, die durch den Überfall auf Israel erst die Lage der arabisch-palästinensischen Bevölkerung so extrem verschlechtert hatten, kamen ihrer eigentlich selbst verständlichen humanitären Pflichten nach, diese Teile der arabisch-palästinensischen Bevölkerung zu unterstützen. Ganz im Gegenteil, diese Staaten betätigten sich als Räuber an den eigentlich einem palästinensischen Staat zugedachten Gebieten und beließen die Menschen Großteils in den elenden Behausungen und Zeltlagern.

Die von arabisch-palästinensischen Reaktionären verbreitete Vorstellung einer großen Katastrophe, der sogenannten Nakba, ist im Grunde die Enttäuschung darüber, dass der Krieg verloren wurde und es nicht gelang, Israel als Staat auszulöschen und die jüdische Bevölkerung zu vertreiben oder zu ermorden! Zusammengefasst:

### **Drittes Argument**

**Die Ursache der Flucht großer Teile der arabisch-palästinensischen Bevölkerung war vor allem der Überfall der Koalition arabischer Staaten auf Israel. Nicht Israel war schuld, nicht „die Juden waren schuld“, dass kein eigener arabisch-palästinensischer Staat 1948/1949 gegründet wurde, sondern die arabisch-palästinensische Führung sowie die Staaten Ägypten und Jordanien, die das dafür vorgesehene Land illegal besetzten und die auch für das Elend in den Flüchtlingslagern verantwortlich waren und sind.**

### **4. Die Vertreibungen und die Flucht der jüdischen Bevölkerung aus den arabischen Staaten**

Nicht nur kam es insbesondere nach 1948 in arabischen Staaten zu einer extremen



Verfolgung gegen die jüdische Bevölkerung, die von dort vertrieben wurde. Es kam zudem zu einer Welle von Verfolgungen, Inhaftierungen und Hinrichtungen der Mitglieder der Kommunistischen Parteien und ihres demokratischen Umfelds in arabischen Staaten.

Es ist kaum bekannt: rund 700 000 jüdische Menschen wurden aus den arabischen Staaten vertrieben. Ein großer Teil floh nach Israel und bildete dann dort einen Großteil der Bevölkerung. Sie wurden als israelische Staatsbürger:innen aufgenommen. Es ist durchaus kein Zufall, dass dieser Teil der Geschichte des arabisch-israelischen Konflikts nicht erwähnt wird und nicht bewusst ist oder bewusst verschwiegen wird, um so zu tun als hätte lediglich die palästinensisch-arabische Bevölkerung unter diesem Krieg und den Konflikten gelitten.

Bereits im November 1945 wurden Jüdinnen und Juden in einigen arabischen Ländern bedroht, überfallen und totgeschlagen. In Syrien wurden Synagogen und jüdische Geschäfte angegriffen. In Ägypten überfiel in Kairo eine vom „Jungen Ägypten“ Nassers und Sadats rekrutierte Gruppe das Kairoer Judenviertel und die Synagoge. Mehrere jüdische Menschen wurden getötet und verletzt. In Libyen wurden bei einem Pogrom nach offiziellen Angaben 130 Jüdinnen und Juden ermordet.

Im Dez. 1947, also kurz nach dem UN-Teilungsbeschluss, erfolgte eine weitere Welle des Terrors. In Syrien kam es bei Massakern zu offiziell 82 jüdischen Ermordeten.

Nach Gründung Israels verschlechterte sich die Lage der jüdischen Bevölkerung in den arabischen Ländern noch weiter. In Ägypten verhängte die Regierung in der Nacht vom 14. Mai 1948 Kriegsrecht und ließ 2.000 Jüdinnen und Juden verhaften. Im Irak und in Syrien waren jüdische Menschen willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt, wurden verhört und geschlagen. Ihr Eigentum wurde beschlagnahmt und Zwangsabgaben erhoben. Sie verloren ihren Arbeitsplatz und mussten zahlreiche gesetzliche Einschränkungen hinnehmen.

Bis Anfang der 50er Jahre waren von der Jüdischen Gemeinde in Marokko mit einst 265.000 Mitgliedern lediglich 25.000 übriggeblieben. In Algerien waren von 140.000 nur 500 im Land. In Tunesien schrumpfte die Jüdische Gemeinde von 105.000 auf 2.000. In Libyen, Ägypten und Irak, wo die Jüdischen Gemeinden rund 250.000 Menschen umfassten, blieben weniger als 1.000 jüdische Menschen.

Zwischen Mai 1948 und Dezember 1951 kamen ca. 700.000 Einwandernde aus diesen Ländern nach Israel. Dadurch verdoppelte sich dort die jüdische Bevölkerung, von der etwa die Hälfte aus Europa (einschließlich 100.000 Überlebende der KZ- und Vernichtungslager) stammte. Zusammengefasst:

#### **Viertes Argument**

**Es gab nicht nur arabisch-palästinensische Flüchtlinge nach dem Krieg 1948/1949, die übrigens von den arabischen Staaten nicht wie „Schwester und Brüder“ aufgenommen wurden, im Gegenteil. Es gab eben auch die massenhafte Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus den arabischen Staaten, die in Israel Zuflucht fanden. Ein weiterer Punkt, warum die Gründung Israels so wichtig war: als Zufluchtsort für alle von Judenfeindschaft Betroffenen.**

#### **5. Die Haltung der kommunistischen Weltbewegung zur Gründung des Staates Israel und zum arabisch-israelischen Krieg 1948**

Die Dokumente der Kommunistischen Partei Israels sowie der Kommunistischen Parteien der arabischen Staaten beweisen ebenso wie die Dokumente in der international ausgerichteten Zeitschrift „Für dauerhaften Frieden und Volksdemokratie“, dass von der kommunistischen Weltbewegung die Haltung der sozialistischen Sowjetunion eindeutig unterstützt, die Aggression der arabischen Staaten abgelehnt und bekämpft, die

Gründung Israels aber unterstützt und begrüßt wurde. Die Unterstützung der jüdischen Kämpferinnen und Kämpfer mit Waffen aus der Tschechoslowakei zeigt zudem, dass es nicht nur bei einer verbalen Unterstützung blieb.

Im Juli 1948 traten in Beirut Delegationen der KPs aus Ägypten, Syrien, Irak und der Palästinensischen Nationalen Befreiungsliga (NLL) zusammen. Sie veröffentlichten ein Memorandum, das im Mandatsgebiet Palästina und in arabischen Staaten als Flugblatt verteilt wurde. Es verurteilte aufs schärfste die Einmischung der Liga der arabischen Staaten in die Angelegenheiten Palästinas. Darin wird angeprangert, dass die reaktionären arabisch-palästinensischen Führer die arabisch-palästinensischen Massen aufriefen, das Land zu verlassen. Damit spielten diese Reaktionäre in die Hände der englischen und us-amerikanischen Imperialisten und jener jüdischen Kräfte, welche die Realisierung der Zwei-Staaten-Lösung ebenfalls hintertrieben. Das Memorandum rief die arabische Bevölkerung Palästinas auf, in ihren Wohnorten zu bleiben und sich in einem gemeinsamen arabisch-jüdischen Kampf zusammenzuschließen: Für die Befreiung Palästinas vom Imperialismus und allen mit dem Imperialismus verbündeten reaktionären Kräften. Im Irak fanden große Massenkundgebungen und Demonstrationen unter den Losungen der Beiruter Konferenz statt. Tausende irakische Kommunist:innen wurden verhaftet. Vier führende Mitglieder der KP Iraks wurden in Bagdad öffentlich erhängt.

Auf der Vereinigungskonferenz der arabisch-palästinensischen (NLL) und jüdisch-palästinensischen Kommunist:innen (Palästinensische KP) zur KP Israels im Oktober 1948 in Haifa erklärte ihr Vertreter (Tafiq Toubi):

„Mit ihrem Aggressionskrieg (gegen Israel) diene die arabische Reaktion in keiner Weise den Interessen der arabischen Massen. Im Gegenteil, mit diesem Krieg dient sie als treuer Diener seinen Herren - dem anglo-amerikanischen Imperialismus. Das steht im krassen Gegensatz zu den wahren Interessen der Völker der arabischen Staaten. Es steht außer Zweifel, dass die arabische Reaktion damit aber auch ihre eigenen Klassenziele verfolgt und den Interessen der herrschenden Klasse in den arabischen Staaten dient. Angesichts der Stärkung der nationalen Befreiungsbewegungen in ihren Ländern, angesichts des wachsenden Kampfes der Massen für Besserung ihrer äußerst schweren Lebensbedingungen, möchte die herrschende Klasse in diesen arabischen Ländern den Palästina-Krieg dazu ausnutzen, um in den von ihr regierten Staaten Militärregimes einzuführen. Mit einem drakonischen Militärregime beabsichtigt die herrschende Klasse die nationale Befreiungsbewegung der arabischen Völker sowie die Bewegungen zur Befreiung vom Joch der feudalen und fremden Versklavung zu unterdrücken. Sie versucht, den Druck auf die Arbeiterklasse zu verstärken und ihren wachsenden Kampf um bessere Lebensbedingungen zu ersticken sowie einen vernichtenden Stoß gegen die demokratischen Kräfte, gegen die Gewerkschaftsleitungen und gegen die Kommunisten zu führen. Somit hofft die arabische Reaktion, mit Hilfe des Palästina-Krieges ihre wackeligen Regimes aufrechtzuerhalten.“

(Kinus Ha'ichud (Vereinigungskonferenz der jüdischen und arabischen Kommunisten im Rahmen der Kommunistischen Partei Israels, Haifa, 22-23. Oktober 1948), hebr., hrsg. vom ZK der KP Israels, S. 36/37)

Die sozialistische Sowjetunion war zudem der erste Staat, der Israel offiziell anerkannte. Zusammengefasst:

#### **Fünftes Argument**

**Es wird – auch aus antikommunistischen Gründen – verschwiegen: Die revolutionären und kommunistischen Kräfte der ganzen Welt haben die Gründung Israels verteidigt und den Überfall der arabischen Staaten verurteilt. Gründliche Diskussion weiterer Fragen**

Die Gründung des Staates Israels und die Abwehr der arabischen Aggression 1948/49 waren richtig und gerecht, gerade auch vom kommunistischen Standpunkt aus. Das bedeutet aber nicht, dass damit „alles geklärt“ ist. Es muss nicht nur auf Papier, sondern in dem regen Meinungs Austausch mit den vor Ort kämpfenden – im Moment sehr geringen – demokratisch-revolutionären und am Kommunismus orientierten Kräften diskutiert und studiert werden, wie es weiterging und wie die Lage heute ist.

- Sicherlich muss angesichts des notwendigen Kampfes gegen die Teile der arabisch-palästinensischen Bevölkerung, die bewaffnet gegen die jüdischen Menschen vorgingen, auch analysiert werden, ob und inwieweit Teile der paramilitärischen jüdisch-palästinensischen Organisationen wie Lechi und Irgun in diesem Krieg 1947-1949 im militärischen Kampf falsche Entscheidungen getroffen haben, die zu vermeidbaren zivilen Opfern führten, wie eine Reihe der „Neuen israelischen Historiker“ denken.
- Sicherlich zu diskutieren ist über die Rolle jüdischer führender Kräfte schon vor und kurz nach der Gründung Israels, die auf den US-Imperialismus setzten. Nicht auszuklammern ist ohne Frage auch die eindeutige Orientierung der israelischen Regierungen ab dem Korea-Krieg 1950 auf die westlichen imperialistischen Mächte, insbesondere auf die USA, aber auch über die staatlich-logistische Beteiligung der Regierungen Israels an der Unterdrückung der demokratischen Kämpfe in Chile, Südafrika sowie Nicaragua in den 70 - 80er Jahre.
- Sicherlich kann und muss über die Frage des Krieges (4 Jahre nach dem Putsch des extremen Reaktionärs Nasser 1952 in Ägypten), der 1956 um den Suezkanal geführt wurde, diskutiert und gestritten werden;
- Zu diskutieren ist über sämtliche weiteren israelisch-arabischen Kriege mit ihren Ursachen und Folgen seit 1967, 1973 sowie über den Libanon-Krieg in den 80er Jahren (Massaker in Sabra und. Shatila), nicht zuletzt auch über die erste und zweite sogenannte „Intifada“ und Anderes.
- Und es ist keine Frage, dass angesichts der Hamas-Diktatur heute und einer reaktionären PLO, die von einem Judenfeind wie Abbas geführt wird, dennoch eine Diskussion über die Methoden der israelischen Regierung und Armee, bei der Behandlung der palästinensischen Zivilbevölkerung sowohl in Israel als auch in den palästinensischen Autonomiegebieten nötig ist.

**Diese Auseinandersetzung fordern gerade die demokratisch fortschrittlichen Kräfte in Israel ohne Frage zurecht ein. Mit diesen sind wir selbstverständlich solidarisch, ebenso wie mit allen demokratischen arabisch-palästinensischen Kräften, die sich gegen die Hamas-Diktatur im Gazastreifen und die reaktionäre Polizei-Verwaltung der PLO unter Abbas in der Westbank zu Recht wehren.**

**webadresse:**

<https://www.verlag-benari...>

**Lizenz des Artikels und aller eingebetteten Medien:**

**Creative Commons by-sa:** Weitergabe unter gleichen Bedin

## **.) Israelische Geiseln: Keine Aussicht auf Befreiung**

[Israelische Geiseln: Keine Aussicht auf Befreiung – taz.de](https://www.taz.de/...)

Laut Israel

ist die Hamas nicht zu weiteren Verhandlungen bereit. Die Flutung der

Hamas-Tunnel könnte für die Geiseln besonders riskant werden.

**.) Drei Geiseln versehentlich getötet: Hunderte gehen auf die Straße und fordern neuen Deal mit der Hamas:**

[Israel nach versehentlichem Tod dreier Geiseln erschüttert – Proteste | STERN.de](#)

Familie und Freunde trauern um einen Angehörigen, der von der Hamas verschleppt und nun tot aufgefunden wurde.

Eigentlich sollte die israelische Armee auch Hamas-Geiseln befreien. Doch jetzt wurden drei im Einsatz getötet. Ein tragischer Vorfall, der Entsetzen und Proteste in Israel auslöst.

Israelische Soldaten haben bei Kämpfen im Gazastreifen versehentlich drei Geiseln getötet. Die Streitkräfte hätten sie während eines Einsatzes in der Hamas-Hochburg Schedschaija im Norden des abgeriegelten Küstenstreifens fälschlicherweise als Bedrohung identifiziert und auf sie geschossen, teilte der Sprecher des israelischen Militärs, Daniel Hagari, am Freitagabend mit. Der tragische Vorfall löste in Israel spontane Proteste Hunderter Menschen aus. Sie warfen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und seiner Regierung vor, nicht genug zu tun, um Geiseln freizubekommen.

**Israels Militär: Tragen die Verantwortung**

Wie es zu dem schweren Vorfall am Freitagmorgen kommen konnte, werde untersucht, erklärte Hagari. Das Militär geht allerdings nach einer ersten Rekonstruktion der Ereignisse davon aus, dass die drei Männer entweder ihren Entführern entkommen oder absichtlich zurückgelassen worden seien. Die Soldaten seien dort in den vergangenen Tagen in schwere Kämpfe verwickelt gewesen. Terroristen hätten dabei wiederholt versucht, sie in einen Hinterhalt zu locken. Auch seien Selbstmordattentäter aufgetaucht, die keine Waffen trugen, hieß es.

*The IDF began reviewing the incident immediately. The IDF emphasizes that this is an active combat zone in which ongoing fighting over the last few days has occurred. Immediate lessons from the event have been learned, which have been passed on to all IDF troops in the field...*

*— Israel Defense Forces (@IDF) December 15, 2023*

"Dies ist für uns alle ein trauriger und schmerzhafter Vorfall, und die Armee trägt die Verantwortung für alles, was passiert ist", sagte Hagari weiter. Die drei Opfer waren bei dem beispiellosen Massaker von Hamas-Terroristen und anderen Gruppen in Israel am 7. Oktober mit rund 240 anderen Menschen in den Gazastreifen verschleppt worden. Mehr als 1200 Menschen waren bei dem Terrorangriff getötet worden. Israel reagierte mit massiven Luftangriffen und begann Ende Oktober mit einer Bodenoffensive. Nach jüngsten Angaben der

Hamas wurden bisher rund 18.700 Menschen bei Angriffen im Gazastreifen getötet.

**Netanjahu: Lernen Lektionen und machen weiter**

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bezeichnete den Tod der drei Geiseln durch eigene Landsleute als "unerträgliche Tragödie". "Der gesamte Staat Israel trauert heute Abend. Mein Herz ist bei den trauernden Familien in der schweren Zeit ihres Kummers", schrieb Netanjahu am Freitagabend in den sozialen Medien. "Selbst an diesem schwierigen Abend werden wir uns um unsere Wunden kümmern, die Lektionen lernen und mit größter Anstrengung weitermachen, um alle unsere Geiseln sicher nach Hause zu bringen", so Netanjahu.